

GRÜNES LICHT FÜR ASCHACH

JÄNNER 2018



VORHER

Foto: Judith Wassermair

„Soll die Marktgemeinde Aschach an der Donau das vom Land vorgeschlagene Hochwasserschutzprojekt durchführen?“



NACHHER

Visualisierung: J. Pointrner www.visualisierung.at; Collage: Gerhard Niederleutner

Das Titelbild zeigt maßstabgetreu, wie Aschach nach dem Bau der geplanten Mauer aussehen wird.

GETEILTE ANSICHTEN

Bei dem vom Land OÖ nun vorgelegten Hochwasserschutzprojekt handelt es sich um weitreichende bauliche Maßnahmen, die den Ort völlig verändern würden. Im Gemeinderat wurde nach kontroversen Diskussionen beschlossen, die Meinung der Bevölke-

rung zu dem Mauerbau in einer Volksbefragung einzuholen. Das von allen Fraktionen gemeinsam erstellte Gemeinde-Informationsblatt soll den Bürgerinnen und Bürgern als Grundlage für ihre Entscheidung dienen.



Ergänzend möchten wir Grüne mit einer Visualisierung den projektierten Mauerbau veranschaulichen. Wir ersuchen Sie um Teilnahme an der Volksbefragung am 28. Jänner 2018.

Judith Wassermair



ÜBERLEGUNGEN ZUM HOCHWASSERSCHUTZ

In den Gemeindenachrichten – **Information im Zuge der Volksbefragung 2018 zum Thema Umsetzung des Hochwasserschutzprojektes des Landes OÖ für Aschach an der Donau** – wurden verschiedene Punkte aufgelistet, die für eine Entscheidung der Bürgerinnen und Bürger relevant sind. Diese möchte ich hier nicht wiederholen, sondern auf einige Aspekte zusätzlich hinweisen.

Meiner Meinung nach wäre es vernünftig gewesen, systematisch von Haus zu Haus zu gehen und mit den betroffenen Hausbewohnern und den Gewerbetreibenden zu reden und ihre Erfahrungen bei Donau-Hochwasser, aber auch anlässlich von Überflutung bei Starkregen in die Hochwasserschutzüberlegungen einzubeziehen.

Schlamm und Grundwasser:

Eine Hochwasserschutzmauer kann das Eindringen von Schlamm verhindern, nicht jedoch, dass das Grundwasser aufsteigt. Es gibt Menschen in Aschach, die sich durch eine Mauer geschützter fühlen würden, aber auf der anderen Seite gibt es auch sehr viele, die mit einem etwaigen Donau-Hochwasser leben gelernt haben und wissen, dass sie das Grundwasser mit und ohne

Hochwasserschutz im Haus haben. Im Gegenteil – manche befürchten nun, dass sie durch die geplante Mauer und das Abdichten des Untergrundes bis in eine Tiefe von 8-10 Meter bei starken Regenfällen vermehrt und im Hochwasserfall länger Wasser im Keller haben.

Gefühl der Sicherheit:

Die Frage, ob man sich hinter einer Mauer sicher fühlen kann, kann man nur bedingt mit ja beantworten. Bei einem Versagen eines Bauteiles wird die Situation hinter der Mauer stromabwärts verschlimmert, das Hinterland wird in so einem Fall bis auf die Oberkante der Schutzwand geflutet.

Bei einer Fahrt durch die Wachau gewinnt man einen Eindruck, wie sich die Hochwasserschutzmauern auf das Ortsbild und die Sicht sowie den Zugang zur Donau auswirken. In Weißenkirchen, wo ich die Mauer fotografierte, erklärte mir eine Ladenbesitzerin, dass sie wegen dieser Mauer nicht mehr direkt zur Donau kann und bei einer Hochwasserwarnung trotz bestehender Mauer aus Versicherungsgründen den ganzen Laden ausräumen muss. Beim Hochwasser 2013 schwappte dort das Donauwasser

schon an mehreren Stellen über die aufgesetzten mobilen Elemente und die Befürchtung war groß, dass die Absperrung bersten würde und durch eine Flutwelle Menschen in Gefahr wären.

Ein Szenario, das auch bei uns möglich ist, wenn der für Aschach (für ein 100-jähriges Hochwasser plus 20 cm) berechnete Hochwasserschutz nicht ausreicht, weil ein stärkeres Hochwasser kommt.

Bausubstanz der Gebäude:

Eine Gefahr für die Bausubstanz der Häuser kann nicht ausgeschlossen werden. Diese ergibt sich insbesondere durch die Herstellung der Schmalwand, die unterhalb der Hochwasserschutzmauer-Fundamente noch 8-10 m tief in den Untergrund reicht und durch die Grabungsarbeiten in sieben Straßen und Gassen für die Druckrohrleitungen.

Bauzeit und Behinderungen:

Zur Bauzeit gibt es keine nachvollziehbare Schätzung, geschweige denn konkrete Angaben. Negative Auswirkungen auf den Gastgartenbetrieb und Tourismus sind unvermeidbar.



Fotos: Judith Wassermair (2)

Logistik:

Logistische Fragen, beispielsweise wo die Lagerung und womit der Transport der mobilen Elemente (1000 Damm-balken und 170 Stützen) erfolgen sollen bzw. ob im Bedarfsfall genügend eingeschulte Personen zur Stelle sein können, sind unbeantwortet.

Kostenschätzung:

Bei der Kostenschätzung sind ebenfalls sehr große Unsicherheiten. Die reinen Baukosten werden mit 6,3 Millionen angegeben. Das mag im Idealfall ausreichen, nicht jedoch, wenn es Probleme gibt und beispielsweise bestehende Infrastruktureinheiten (Kanal, Fernwärme etc.) verlegt werden müssen. Dann sind Überschreitungen bis zu 50% und mehr möglich.

Folgekosten:

Die Folgekosten (Wartung etc.) bedeuten eine bleibende enorme Belastung für das Gemeindebudget.

Gemeindebudget:

Eine Kalkulation der Gesamtkosten, ob sich Aschach den Hochwasserschutz leisten kann, ohne Abgangsgemeinde

zu werden, wurde meines Wissens bislang nicht gemacht. Von einer Abgangsgemeinde verlangt das Land OÖ, dass den Bürgerinnen und Bürgern höhere Kanal- und Wassergebühren vorgeschrieben werden.

Grundwasser-Trinkwasser:

Durch den Mauerbau wird die natürliche, schützende, fixe Deckschicht durchbrochen, die sich über dem Grundwasserstrom befindet, der auch zu unserem Ortsbrunnen führt. Es ist fraglich, ob eine Abdichtung, die das Eindringen von Schadstoffen verhindern soll, gelingen kann und über die Jahre bestehen bleibt.

Baumbestand:

Die Aushubbreite für die Mauerfundamente beträgt bis zu 6 m. Sehr viele unser Ortsbild prägende Bäume sind im Weg und müssen gefällt werden.

Ortsbild:

Die Visualisierungen der Mauern sind entsprechend den Maßen, die in den Plänen zu finden sind. Im technischen Bericht, der ebenfalls vom Land ÖO zur Verfügung gestellt wurde, ist allerdings eine um 20 cm höhere Sockelhöhe

angegeben (Höhe = 80 cm), d.h. die Sockelmauern könnten höher werden als sie dargestellt sind.

Eine Power-Point- Präsentation des Hochwasserschutzprojektes ist im Gemeinderatssitzungsprotokoll vom 18.10.2017 (auf der Homepage der Gemeinde) zu finden.

■ Judith Wassermair

IMPRESSUM

Grundlegende Richtung: Information der Grünen über das Gemeinde-geschehen in Aschach/Donau M., H., V.: Die Grünen Aschach/D., Grünauerstraße 10, 4082 Aschach/D.; Für den Inhalt verantwortlich: Dr.ⁱⁿ Judith Wassermair, Ing. Werner Schalek Auflage: 900 Stück; Ge-druckt auf 100% chlorfrei gebleich-tem Papier! Layout: gplus.at

KONTAKT

DIE GRÜNEN ASCHACH/D.
Grünauerstr. 10, 4082 Aschach
Tel.: 07273/89 77
Mail: gruene@aschach.at
Web: www.gruene.aschach.at

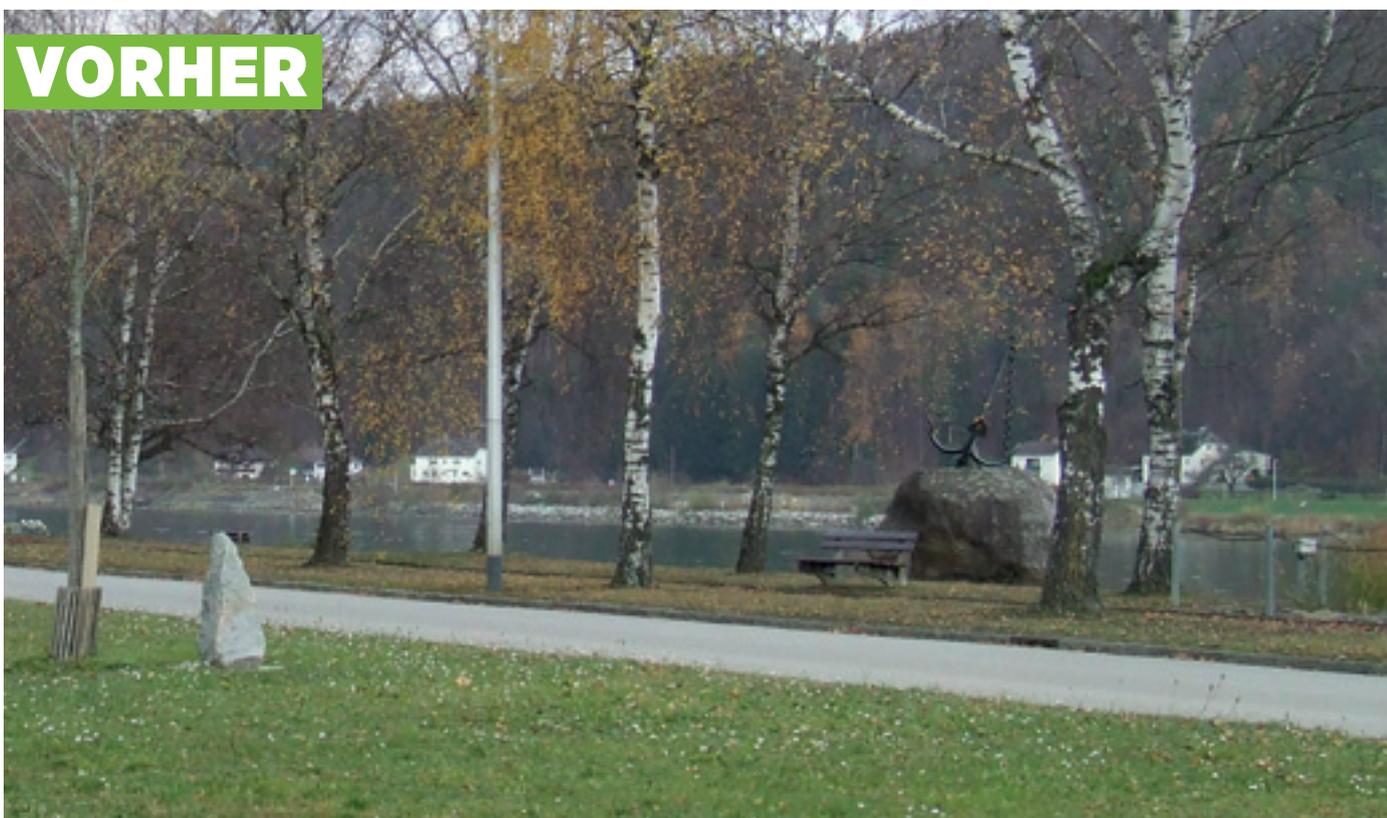




Foto: Judith Wassermair; Visualisierung: J. Pointhner www.visualisierung.at; Collage: Gerhard Niederreuthner



Foto und Visualisierung: J. Pointhner www.visualisierung.at; Collage: Gerhard Niederreuthner

WAS IST LOS MIT DEM TURNSAAL FÜR DIE VOLKSSCHULE?

Der Turnsaal wird kleiner und dafür wesentlich teurer? von Werner Schalek und Judith Wassermair

In unserer Oktoberausgabe 2017 haben wir über die etwas eigenartige Vorgangsweise bei der Vergabe des Auftrages für die Planung, die Oberleitung und die örtliche Bauaufsicht für den Turnsaal informiert.

Das Budget, das der Gemeinderat ohne Zustimmung der Grünen im Dezember beschlossen hat, bestätigt unsere Befürchtungen: Der vom Land geförderte Kostenrahmen für den Neubau von Turnsaalbauten in der Höhe von 1,1 Mio Euro wird um satte 27,3% überschritten. Im Gemeindebudget 2018 sind für den Turnsaal-Neubau Ausgaben in Höhe von 1,4 Mio Euro vorgesehen. Eine plausible Erklärung zu dieser Erhöhung konnte uns nicht gegeben werden.

Die bisherige Vorgangsweise war unprofessionell und bestätigt unsere Vermutung, dass die ordnungsgemäße Abwicklung dieses Projekts in der Gemeinde nicht gewährleistet ist.

Diese Besorgnis entsteht auch bei der Überprüfung des Vertrages der Gemeinde mit der Fa. Stogmeyer, in dem wesentliche Vertragsbestimmungen fehlen. Es gibt u.a. weder einen Fertigstellungstermin für den Turnsaal, noch Teiltermine für die Vorlage der Planungsunterlagen und – ganz wesentlich – keine Zielvorgabe für die Einhaltung des vom Land geförderten Kostenrahmens.

Die Grünen Aschach haben vorgeschlagen, keinen neuen Turnsaal zu bauen, sondern das bestehende Gebäude zu sanieren. Dafür sprechen einige Gründe:

1. Die bestehende Bausubstanz des Turnsaals ist in Ordnung. Die Sanierung würde weniger kosten als ein Neubau. Das wurde durch einen gerichtlich beideten Sachverständigen in einem umfangreichen Gutachten, auch in Vergleich mit anderen Lösungsvarianten, eindrucksvoll belegt. Ein Gebäude

mit guter Bausubstanz sollte nach Meinung des Gutachters und der Grünen nicht abgerissen, sondern saniert werden.

2. Die (kostengünstigere) Sanierung würde den bestehenden Turnsaal in der jetzigen Größe erhalten. Bei einem Neubau dagegen hätten wir nur einen deutlich kleineren Turnsaal und zusätzlich € 300.000.- Mehrkosten.
3. Ein Turnsaal mit den jetzt bestehenden Ausmaßen würde in der Übergangszeit 2018 - 2022 auch den Anforderungen für die Nutzung durch die Schülerinnen und Schüler der Neuen Mittelschule Hartkirchen-Aschach entsprechen.
4. Ein sanierter Turnsaal könnte auch wie bisher für außerschulische Aktivitäten als Mehrzweckhalle genutzt werden, wobei die größere Fläche natürlich von Vorteil ist.

Die Grünen Aschach haben den Bürgermeister ersucht, das Gutachten des Sachverständigen Ing. Manfred Gabriel vom 12.10.2017 zur Sanierung des bestehenden Turnsaals (als günstigere Alternative zum Neubau eines Turnsaals) an die zuständigen Landesbehörden zur Prüfung zu übermitteln.

Im Folgenden der Wortlaut unseres Dringlichkeitsantrags in der Sitzung des Gemeinderates vom 11. Dezember 2017, über dessen Inhalt ÖVP und FPÖ in dieser Sitzung nicht einmal reden wollten. Die Aufnahme auf die Tagesordnung und damit Behandlung des Antrags wurde abgelehnt. Es ging ja nur um die Einsparung von 300.000 Euro.



Foto: Judith Wassermair

DRINGLICHKEITSANTRAG

gemäß § 46 Abs.3 OÖ Gemeindeordnung eingebracht von GV Dr. Judith Wassermair (GRÜNE) betreffend Behandlung des Gegenstandes

Übermittlung des Gutachtens des Sachverständigen Ing. Manfred Gabriel vom 12.10.2017 für die Sanierung des bestehenden Turnsaals als günstigere Alternative zum Neubau eines Turnsaals an die zuständigen Landesbehörden zur Prüfung

in der Gemeinderatssitzung vom 11. Dezember 2017

Der vom Land vorgegebene Kostenrahmen für einen Volksschulturnsaal ist € 1,1 Mio. Der VA 2018 weist jetzt einen Betrag von € 1,4 Mio aus, d.h. eine Erhöhung um € 300.000.- oder ca. 27,3 %, die wir zu 100% aus den Rücklagen zuführen müssten.

Der Wunsch für Aschach war eine Turnhalle mit den Abmessungen wie die bestehende Turnhalle, um sie auch in der Übergangszeit bis 2022 für die Schüler der gemeinsamen NMS Hartkirchen + Aschach und darüber hinaus auch als Mehrzweckhalle für andere sportliche Aktivitäten nutzen zu können.

Seitens der Landesbehörde liegt nur die Zusage vor, 80% der Kosten für einen Turnsaal in der Größe wie für Volksschulen vorgesehen zu übernehmen. Die Gesamtkosten für einen Turnsaal für Volksschulen wurde von der zuständigen Fachabteilung in der Landesbehörde mit € 1,1 Mio. ermittelt und vorgegeben.

In der Gemeinderatssitzung am 8.5.2017 erfolgte die Vergabe für die Planung, Oberleitung und örtliche Bauaufsicht für einen Volksschulturnsaal als Direktvergabe an die Firma STOGMEYER Bauconsulting in Scharten. Am 7. Juni 2017 wurde im Rahmen einer Vorstands-/Projektbesprechung mit der STOGMEYER Bauconsulting vereinbart, dass bis 16.6.2017 die Vorplanung sowie die Gesamtkosten für einen Volksschulturnsaal im Detail vorliegen. (Die Gesamtkosten im Detail liegen uns bis heute nicht vor.) In der Besprechung wurde auch festgestellt, dass unter Berücksichtigung der sportlichen Aktivitäten eine Turnhalle mit 20m x 12m

sinnvoll und richtig wäre. Die Mehrkosten dafür wurden laut STOGMEYER Bauconsulting mit ca. € 300.000.- geschätzt. STOGMEYER Bauconsulting erklärte sich bereit, mit den entsprechenden Unterlagen und Kosten bei der Landesregierung hinsichtlich einer zusätzlichen Finanzierung für eine größere Turnhalle vorstellig zu werden.

Es war offensichtlich innerhalb von ca. 4 Monaten nicht möglich mit dem Land zu klären, ob von den Mehrkosten für eine größere Mehrzweckhalle ebenfalls 80% vom Land übernommen werden; was von der Landesregierung letztendlich abgelehnt wurde.

In der Gemeinderatssitzung am 25.9.2017 wurde daher auf Antrag des Herrn Bürgermeistermeisters entschieden, einen Sachverständigen mit der Untersuchung einer Sanierung der bestehenden Turnhalle inklusive Ermittlung der Kosten und Maßnahmen zu beauftragen.

Das entsprechende Gutachten wurde in Abstimmung mit der Amtsleitung durch den gerichtlich beeideten Sachverständigen Ing. Manfred Gabriel mit 12.10.2017 erstellt und übermittelt. Das Gutachten berücksichtigt die Standards und Vorschriften des Landes für die Sanierungen des Turnsaals und dass die Gesamtkosten im Rahmen der vom Land vorgegeben € 1,1 Mio. (inklusive Planung, Sonderfachleute, Bauaufsicht und Abrisskosten für den Zwischentrakt) liegen sollen.

Das Ergebnis:

**1) Zwischentrakt NEU
(bebaute Fläche wie bisher)
€ 446.200,-**

**2) Bestehender Turnsaal SANIERUNG
€ 598.500,-**

**Voraussichtliche Gesamtkosten
€ 1.044.700,-**

Die Gesamtkosten auf Kostenbasis 2017 sind mit Reserve im Rahmen der Kostenvorgabe des Landes und beinhalten alle notwendigen Maßnahmen in Übereinstimmung mit den vom Land vorgegeben Standards. Bei professioneller Planung und Abwicklung durch Auftraggeber und Auftragnehmer können diese

Kosten eingehalten und u.U. auch die errechnete Reserve für Sonderwünsche verwendet werden. Sonderwünsche (die für Turnhallen nicht Standard sind) wie z.B. Mehrkosten für Fußbodenheizung, etc. sind nicht Teil des Gutachtens und von der planenden Firma im Rahmen der Planung zu ermitteln.

Die von der STOGMEYER Bauconsulting vorgebrachten Argumente, dass ein Energieausweis erforderlich ist und Sanierungen nicht in dem Ausmaß gefördert werden wie Neubauten, treffen aufgrund unserer Informationen für den speziellen Fall nicht zu. Die Argumentation der STOGMEYER Bauconsulting konnte nicht nachvollzogen werden. Die von STOGMEYER Bauconsulting jetzt kolportierte Behauptung, der Gutachter Ing. Gabriel sei nicht berechtigt, solche Gutachten auszustellen, ist nachweislich falsch.

Mit einer Sanierung des bestehenden Turnsaales ergibt sich gegenüber dem VA 2018 eine Einsparung von € 300.000,-. Wir hätten nicht nur den größeren Turnsaal, sondern auch die Kosten und die Termine besser im Griff und die Bautätigkeit würde auf ein Minimum reduziert werden. Außerdem wäre die Verfügbarkeit auch für die Zeit der gemeinsamen NMS in Aschach ein großer Vorteil.

Aus diesem Grund stellt die Unterzeichnete folgenden

Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat möge beschließen:

- 1. Der Behandlung dieses Antrags in Sitzung des Gemeinderates vom 11.12.2017 wird zugestimmt.**
- 2. Der Bürgermeister wird ersucht, unverzüglich das Gutachten des Sachverständigen Ing. Manfred Gabriel vom 12.10.2017 für die Sanierung des bestehenden Turnsaals als günstigere Alternative zum Neubau eines Turnsaals an die zuständigen Landesbehörden zur Prüfung zu übermitteln.**

**Aschach an der Donau,
am 10. Dezember 2017**

RETURN TO SENDER

„**B**ack to the Sixties“! Nein, das ist nicht die Einladung zu einer Nostalgie-Party mit Evergreens von Elvis Presley, Marvin Gaye oder den Beach Boys. Vielmehr könnte dieser Titel das Deckblatt des schwarz-blauen Regierungsprogramms zieren.

Heißen tut dieses naturgemäß anders: „Zusammen. Für unser Österreich“ lautet jene Mogelpackung, die schon beim zweiten Blick offenbart, was Schwarz-Blau im Angebot hat: Ein Ticket in die Vergangenheit, ein Pakt mit Verschärfungen und ebenso vielen falschen Versprechungen.

Zurück an den Herd?

Wer dabei einen Blick in die Zukunft werfen möchte, ist in Oberösterreich goldrichtig: Hier zeigt Schwarz-Blau bereits seit zwei Jahren vor, was sie unter Zusammenhalt verstehen: Eine Law & Order Politik mit neuen Strafsteuern für Familien. Mit der ab März 2018 kostenpflichtigen Nachmittagsbetreuung für Kindergärten werden berufstätige Mütter vor die Wahl gestellt: Arbeiten gehen



und zahlen oder – wie früher – wieder zu Hause bleiben. Viele werden aber ohnehin keine Wahl haben: Werden zu viele Kinder – wie mancherorts erwartet – abgemeldet, wird für alle zugesperrt.

Wer hat, der kriegt – und wer nicht hat, kriegt nichts

Und auch auf Bundesebene hat man allerlei vor: Der 1500 Euro Familienbonus ist ein Absetzbetrag. Und den bekommt nur der oder die, deren Einkommen auch hoch genug ist. Geringverdienerinnen, und damit meist Alleinerziehende, die auf Grund ihres geringen Einkommens keine Einkommenssteuer zahlen, fallen damit komplett raus. Kurz gesagt: Eine Alleinerzieherin mit zwei Kindern müsste 2300 Euro brutto verdienen, um den Bonus ausschöpfen zu können. Einziger Haken: In Österreich gibt es derzeit 150.000 Alleinerzieherinnen, nicht einmal die Hälfte davon

verdient so viel, dass sie vom Familienbonus auch nur irgendwas hat.

Auf Altbewährtes setzt man auch im Bildungsbereich: Nicht nur Studiengebühren – diesmal aber gleich 1000 Euro jährlich – sondern auch Noten sollen in der Volksschule wieder eingeführt werden. Und um ordentlich benoten zu können, sollen Kinder, die keine ausreichenden Deutschkenntnisse aufweisen, in separaten Klassen unterrichtet werden. Integration von Anfang an, gleiche Chancen für alle? Fehlannonce.

Dafür soll das Rauchen wieder erlaubt werden. 15.000 Tote im Jahr können schließlich nicht mehr anklagen. Die Ärzteschaft warnt. Ihr Timing passt: Neo-Verkehrsminister und Fast-Präsident Norbert Hofer überlegt ohnehin, das Tempolimit zu erhöhen.

■ **Hadmar Hölzl**



Foto: Grüne Bildungswerkstatt OO

Das Jahr 2017 war wahrlich kein Gutes für die Grüne Bewegung. Wie es jetzt wieder aufwärts geht und was dabei zu tun ist, erklärt unser Bundessprecher Werner Kogler.

Werner, wie wird die Wiederauferstehung gelingen?

Werner Kogler: Nach einer ersten Phase der Analyse, Reflexion und Dis-

kussion müssen wir jetzt Strukturen für einen Neustart schaffen. Dafür findet schon im Februar das erste Auftakttreffen statt, bei dem alle ihre Ideen einbringen können. Zudem braucht es ein kleines Basislager, das öffentlichkeitswirksam ist. Nur so können wir uns öffnen und verbreitern. Wir müssen die Bereitschaft und den Schwung, den es jetzt schon wieder gibt, mitnehmen. Die Weichen für den Wiedereinzug werden in nächster Zeit gestellt. Dafür braucht es uns alle.

Wie sollen Interessierte eingebunden werden?

Werner Kogler: Den vielen Menschen, die sich jetzt an uns gewandt haben, um inhaltlich, organisatorisch oder finan-

ziell zu helfen, müssen wir Angebote zu Mitarbeit bieten. Gerade in schwierigen Zeiten geht's darum sich zu öffnen und sich nicht einzuigeln. Nach dem Hinfallen aufstehen heißt in unserem Fall auch: Standort bestimmen, Standpunkt einnehmen, Ziele ausmachen, Kräfte bündeln und neu aufbrechen.

2018 wird wieder gewählt – keine einfache Ausgangssituation?!

Werner Kogler: Ja, die Landtagswahlen werden nicht einfach, sie sind aber auch eine Chance: Dass es keine Grünen mehr im Parlament gibt, realisieren viele erst jetzt und bedauern dies. Diesmal gilt: Wer Grüne Kontrolle und fundierte Regierungspolitik will, der muss und wird diesmal Grün wählen.